

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

**Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO
vom 14. bis 17. Mai 2021**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
II. Schwerpunkte der Frühjahrstagung.....	2
III. Ständiger Ausschuss.....	3
IV. Politischer Ausschuss.....	3
V. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit	5
VI. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit	9
VII. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit	12
VIII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie	13
IX. Plenarsitzung	14

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (Parliamentary Assembly of the North Atlantic Treaty Organization, NATO PA) fand vom 14. bis 17. Mai 2021 virtuell statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat nahmen mit folgenden Delegationsmitgliedern teil:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete **Ulla Schmidt** (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter **Jürgen Hardt** (CDU/CSU),
Abgeordneter **Michael Brand** (CDU/CSU),
Abgeordnete **Dagmar Freitag** (SPD),
Abgeordneter **Dr. Karl-Heinz Brunner** (SPD),
Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (SPD),
Abgeordneter **Gerold Otten** (AfD),
Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.),
Abgeordneter **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Bundesrat

Staatsminister **Peter Beuth** (CDU), Hessen, Leiter der Delegation

II. Schwerpunkte der Frühjahrstagung

Schwerpunkte der Frühjahrstagung waren der Reformprozess „NATO 2030“, die fortwährende geopolitische Herausforderung durch Russland, der Rückzug der NATO aus Afghanistan, die Sicherheitslage im Mittelmeerraum, die Neubetrachtung der transatlantischen Beziehungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie, die globale Wirtschaftsentwicklung nach der Pandemie und die Verteidigungsausgaben des Bündnisses. Die Berichtsentwürfe sowie die Zusammenfassungen der Beratungen in den Ausschüssen der Jahrestagung sind unter der NATO PA-Webseite innerhalb der „E-LIBRARY“ abrufbar.

Eröffnung

Der Präsident **Gerald Connolly** (USA) eröffnete die ursprünglich in Schweden geplante Frühjahrstagung und betonte den wichtigen Beitrag, den der NATO-Partner Schweden für das Bündnis leiste. Im Rahmen der NATO kooperierten Europa und Nordamerika seit über sieben Jahrzehnte, um die internationale Ordnung und Menschenrechte zu bewahren. Der Westen sähe sich erneut durch einen Wettbewerb der Großmächte herausgefordert, in dem neben militärischer Stärke politische Modelle und Anschauungen miteinander konkurrierten. Das Bündnis müsse sich verstärkt zu seinen demokratischen Wurzeln bekennen. Aus diesem Grund habe die Versammlung die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz innerhalb der NATO vorgeschlagen. Der Fokus der Parlamentarierinnen und Parlamentarier müsse auf der Überarbeitung des Strategischen Konzepts der NATO liegen, um den beiden größten Herausforderungen des Bündnisses, China und Russland, zu begegnen. Russland fordere den Westen in vielerlei Hinsicht heraus. Die militärische Aggression gegenüber seinen Nachbarländern und die versuchte Ermordung des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny, erfordere eine gemeinsame Reaktion der Bündnismitglieder. China habe sich entgegen der Erwartung nicht gegenüber den Werten der liberalen Weltordnung geöffnet, sondern sein Internet abgeschottet, die Demokratiebewegung in Hongkong unterdrückt und Minderheiten in Xinjiang verfolgt. Angesichts dieser Entwicklungen sollten die Mitglieder die Beschlüsse des NATO-Gipfels 2014 umsetzen und ihre Verteidigungsausgaben erhöhen. Der Ukraine und Georgien solle, sofern sie Ihre Loyalität zu den demokratischen Prinzipien unter Beweis stellten, letztlich die Gelegenheit zu einem NATO-Beitritt gegeben werden. **Karin Enström** (Schweden) erklärte, die sicherheitsrelevanten Bedrohungen seien vielfältiger geworden und schwerer zu identifizieren. Um der neuen Bedrohungslage, wie beispielsweise durch Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, gerecht zu werden, müssten die NATO-Partner noch stärker zusammenarbeiten. In Schweden bestehe ein breiter Konsens für den Ausbau der eigenen Verteidigungsmöglichkeiten. Vor hundert Jahren sei Schweden eine vollwertige Demokratie geworden, was ein guter Anlass sei, darüber nachzudenken, welche Bedeutung den demokratischen Werten im Bündnis zukomme. Der schwedische Vertei-

digungsminister, **Peter Hultqvist**, führte aus, in der Ostseeregion stelle Russland weiterhin die größte Herausforderung dar. Zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung sei die erste Verteidigungslinie das Völkerrecht, das nicht verhandelbar und insoweit ein Entgegenkommen gegenüber Russland nicht denkbar sei. Die illegale Annexion der Krim solle niemals hingenommen werden. Er begrüßte die von der Versammlung eingerichtete Unterstützungsplattform für die Krim. Moskau habe mit der Verhängung von Sanktionen gegenüber EU-Bürgern einen provokativen Kurs eingeschlagen. Die politische und militärische Bedeutung Chinas habe zugenommen. Verstöße gegen das Völkerrecht im südchinesischen Meer würden aufmerksam registriert werden. Hinsichtlich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der Herausforderungen durch disruptive Technologien und der Folgen durch den Klimawandel sei internationale Kooperation erforderlich. Der Frieden könne erhalten werden, wenn der Westen zusammenstehe. Europa müsse eigenständig Verantwortung übernehmen. Das überarbeitete Verteidigungskonzept der EU solle als Ergänzung zum transatlantischen Bündnis gesehen werden. Auf Nachfrage von **Attila Mesterhazy** (Ungarn) zur schwedischen Kooperation mit einem chinesischen Mobilfunkanbieter bekräftigte **Peter Hultqvist**, dass die durch den Netzwerkausbau entstehenden sicherheitsrelevanten Bedrohungen ernstgenommen würden.

III. Ständiger Ausschuss

In der Sitzung am 17. Mai 2021 befasste sich der Ständige Ausschuss unter anderem mit der Umsetzung des in seiner Sitzung vom 29. März 2021 beschlossenen „Women for Peace and Security Award“. Hintergrund des neu eingerichteten Preises ist das Ziel der Versammlung, Frauen und Männer zu gleichberechtigten Partnern bei dem Streben nach Frieden und Sicherheit und auf die besonderen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen aufmerksam zu machen. Die nationalen Delegationen können eine Frau nominieren, die einen anerkannten Beitrag zur Umsetzung der Women, Peace and Security-Agenda geleistet hat und Staatsangehörige eines NATO-Mitglieds oder -Partnerstaates ist. Die Jury setzt sich aus Mitgliedern des Präsidiums der Versammlung und der Sonderbeauftragten des NATO-Generalsekretärs für Frauen, Frieden und Sicherheit zusammen. Der Ständige Ausschuss beschloss zudem eine Umbenennung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit in Ausschuss für Demokratie und Sicherheit.

IV. Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Freitag, 14. Mai 2021, unter dem Vorsitz von **Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die geopolitische Herausforderung durch Russland, die dynamische Sicherheitslage im Mittelmeerraum sowie eine Neubetrachtung der transatlantischen Beziehungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie.

1. Diskussion mit Gudrun Persson, stellvertretende Forschungsdirektorin der Swedish Defence Research Agency und Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Konfrontation mit der von Russland ausgehenden geopolitischen und ideologischen Herausforderung“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Brendan Boyle (USA)

Brendan Boyle erklärte, Russland stelle trotz seiner schwindenden geopolitischen Bedeutung und geringen Wirtschaftsleistung weiterhin eine sicherheitspolitische Herausforderung dar, was an den Truppenbewegungen an der Grenze zur Ukraine deutlich werde. Moskau versuche, militärische Schwächen mit Hilfe hybrider Techniken auszugleichen, die keine klare Grenzziehung zwischen Krieg und Frieden ermöglichten. Seit der illegalen Annexion der Krim sei die russische Außenpolitik von einer zunehmenden Ideologisierung und von antiwestlichen Ressentiments geprägt, die eine Entspannung erschwerten. Die russischen Aktivitäten im Nahen Osten seien besorgniserregend. Russland habe das Machtvakuum genutzt, um den Ausgang des syrischen Bürgerkriegs zu seinen Gunsten zu beeinflussen. In Russland seien vermehrt illiberale Tendenzen zu beobachten. Bürgerrechte, das Mehrparteiensystem und die Unabhängigkeit der Justiz hätten nur formalen Charakter. Die durch die versuchte Ermordung des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny und das Missmanagement der COVID-19-Pandemie ausgelösten Proteste stellten den Machtanspruch des „Systems Putin“ in Frage. Er sprach sich dafür aus, den auf Verteidigung und Dialog beruhenden zweigleisigen Ansatz der NATO im überarbeiteten Strategischen Konzept zu verankern. Für eine glaubwürdige Abschreckung seien neue Investitionen an der Ostflanke des Bündnisses notwendig. Die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen müsse reduziert werden, dabei könnten nachhaltige Energiequellen eine Rolle spielen. Die euro-atlantische Integration der Ukraine und Georgiens solle vorangetrieben und der Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft verstärkt werden.

Gudrun Persson erklärte, die russische Führung folge der Logik, wonach der Westen versuche, Russland zu unterminieren, was Moskau das Recht gebe, sich zu verteidigen. Die russische Strategie habe drei Schwerpunkte: die russische Einfluss- und Interessensphäre solle international anerkannt, die euro-atlantische Sicherheitsordnung neugeschrieben und das autoritäre politische System in Russland gesichert werden. Russland erlebe eine Dynamik, in der das Regime zunehmend aggressiv nach außen und repressiv nach innen vorgehe. Der russischen Forderung nach einer neuen Sicherheitsordnung liege der Anspruch zu Grunde, historische Ungerechtigkeiten zu korrigieren. Gegenwärtig lägen keine Anzeichen für Veränderungen bei der russischen Sicherheitspolitik vor. Die Krimkrise habe gezeigt, dass sich militärische Konflikte nicht immer anhand eindeutiger Hinweise abzeichneten. **Audronius Ažubalis** (Litauen) kritisierte, der Westen sei im Umgang mit Russland naiv gewesen. Er forderte, Konten und Vermögensgegenstände russischer Oligarchen und Personen aus dem Umfeld von Präsident Putin einzufrieren. Für Georgien und die Ukraine müsse eine Beitrittsperspektive zur NATO aufgezeigt werden. **Sonia Krimi** (Frankreich) sprach sich für die Beibehaltung des zweigleisigen Ansatzes gegenüber Russland aus und erkundigte sich, welche Einflussmöglichkeiten die NATO auf die Entwicklung in Russland habe. Präsident **Gerald Connolly** (USA) erklärte, ungeachtet der Annäherung würden die zwischen China und Russland bestehenden geschichtlichen und kulturellen Unterschiede eine vertiefte Partnerschaft beider Länder auf lange Sicht verhindern. **Gudrun Persson** gab zu bedenken, die NATO-Staaten sollten ihre Macht nicht überschätzen. Der Schritt zur Veränderung müsse letztlich aus der russischen Zivilgesellschaft kommen. Russland befinde sich bereits in den Armen von China, der Westen habe dies nicht durch sein Verhalten verursacht. Auf Nachfrage von **Marilou McPhedran** (Kanada) zur Rolle der Frauen in der Demokratiebewegung, betonte **Brendan Boyle**, allen Autokraten sei ein gewisser Grad an Chauvinismus gemein. Es sei wichtig, den Beitrag von Frauen in der Zivilgesellschaft herauszustellen. **Yegor Cherniev** (Ukraine, assoziierter Partner) forderte, die NATO müsse an ihrer östlichen Flanke stärker auftreten. Er unterstütze die ablehnende Haltung des Berichterstatters zu Nord Stream 2, da die Abhängigkeit von Energielieferungen als Mittel der Aggression genutzt werden könne. **Brendan Boyle** erklärte, die Ukraine und Georgien müssten für ihre Reformbemühungen und Annäherung an den Westen einen hohen Preis an Russland errichten. Es stelle sich daher zu Recht die Frage nach einer NATO-Erweiterung.

2. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „NATO-Agenda für die Sicherheit im Mittelmeerraum“, vorgelegt von der Berichterstatterin **Sonia Krimi** (Frankreich)

Sonia Krimi legte dar, seit 2010 stehe die Mittelmeerregion im Zentrum eines Umwälzungsprozesses, der in Libyen, Irak und Syrien seinen Höhepunkt erreicht und Europa eine Migrationskrise sowie eine neue Sicherheitslage gebracht habe. Der Umgang mit der Situation habe zu Divergenzen zwischen den NATO-Partnern geführt. Das Bündnis müsse angesichts der Herausforderungen entlang seiner südlichen Flanke eine kohärente Strategie erarbeiten. Nach dem Sturz von Gaddafi sei Libyen in Instabilität versunken. Dank Diplomatie und Dialogbereitschaft gäbe es jedoch Anlass für Hoffnung auf eine positive Veränderung. Eine langfristige Lösung hänge vom dauerhaften Abzug der ausländischen Milizen und einer Eindämmung der Waffenimporte ab. Die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes müssten gerechter verteilt und Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt werden. Im östlichen Mittelmeer habe sich die Lage zwischen der Türkei und Griechenland entspannt. Seit 2010 seien Libyen und die Sahelregion Ausgangspunkt von Migrationsbewegungen. Der Westen habe in den Krisengebieten, insbesondere in Libyen und in Syrien, ein Vakuum entstehen lassen, das Russland für sich genutzt habe. China engagiere sich wirtschaftlich in der Region, seine Aktivitäten entfalten auch eine politische Dimension. Der Reflexionsprozess der NATO eröffne die Gelegenheit, eine euro-atlantische Strategie für den Süden zu überarbeiten und einen kohärenteren Ansatz zu finden. Die NATO solle einen verstärkten Informationsaustausch und eine operative Abstimmung zu Fragen des Mittelmeerraums mit anderen Partnern, insbesondere mit der EU, anstreben. Das Bündnis habe nicht die Kompetenz, die gesellschaftliche und politische Transformation in Nordafrika und im Nahen Osten zu beeinflussen, könne aber ein sicheres Umfeld für die Erneuerungsprozesse in der Region bereitstellen.

Marietta Giannakou (Griechenland) erklärte, der Konflikt zwischen Israel und Palästina sei zu einer kriegsähnlichen Situation eskaliert. Die Versammlung müsse dazu beitragen, den Konflikt zu befrieden und die Achtung der Menschenrechte durchzusetzen. **Ahmet Yildiz** (Türkei) erläuterte zu Libyen, die Türkei habe stets die von den Vereinten Nationen geführte Verhandlung unterstützt.

3. **Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Die transatlantische Verbindung und die Lastenteilung in einem sich wandelnden strategischen Umfeld“, vorgelegt von dem Berichterstatter Ahmet Yildiz (Türkei)**

Ahmet Yildiz legte dar, die Debatte um den Reformprozess „NATO 2030“ biete eine Möglichkeit, die transatlantische Verbindung mit Blick auf eine gerechte Lastenteilung zu aktualisieren. Die COVID-19-Pandemie habe eine angespannte Haushaltslage verursacht, so dass der Kooperation und sinnvollen Aufteilung von Ressourcen aktuell eine besondere Bedeutung zukomme. Das Bekenntnis der neuen US-Administration zum Multilateralismus gebe eine Chance für einen Neubeginn der transatlantischen Beziehungen. US-Präsident Biden habe die Bereitschaft der USA bekräftigt, zukünftig in internationalen Organisationen wie der NATO eine wichtige Rolle spielen zu wollen. Um inneren Spannungen vorzubeugen, solle bei der Überarbeitung des Strategischen Konzepts der NATO ein Schwerpunkt auf die Vertiefung der transatlantischen Solidarität und des politischen Dialogs gelegt werden. Beim Gipfel der NATO-Staats- und Regierungschefs solle das Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel erneuert werden. Weitere Faktoren, wie die besondere Rolle und Gefährdung von Mitgliedsländern an den NATO-Außengrenzen müssten bei der Bewertung der fairen Lastenteilung berücksichtigt werden. Zur Vermeidung eines neuen Kalten Krieges solle bei der Entwicklung eines gemeinsamen Ansatzes für den Umgang mit China das Bündnis auf Wettbewerb anstelle von Konfrontation setzen. Die NATO solle die Bemühungen der EU um eine europäische Verteidigungsbereitschaft unter der Voraussetzung begrüßen, dass auch Nicht-EU-Länder in die Konsultationen einbezogen würden. Beim Abzug aus Afghanistan müsse der Grundsatz „Gemeinsam rein, gemeinsam raus“ im Sinne eines koordinierten Rückzugs beachtet werden.

Marietta Giannakou (Griechenland) erklärte, die Einbeziehung von Drittstaaten bei der Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Verteidigungskonzepts sei vor allem hinsichtlich der Finanzierung zu begrüßen. **Ahmet Yildiz** (Türkei) betonte, dass Verteidigungsinitiativen der EU eine integrative Herangehensweise gegenüber anderen NATO-Partnern verfolgen müssten. Er kritisierte, die Durchsuchung türkischer Schiffe im Rahmen der Operation Irini der EU stelle eine unangemessene Behandlung eines Bündnispartners dar.

V. **Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit**

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte unter dem Vorsitz von **Michael R. Turner** (USA) am 16. Mai 2021. Schwerpunkte der Beratungen waren die sicherheitspolitischen Herausforderungen im Hohen Norden, der Rückzug der NATO aus Afghanistan, die internationale Rüstungskontrolle sowie die Auswirkungen der chinesischen Verteidigungsplanungen auf die NATO.

1. **Vortrag von Johan Lagerlöf, Politischer Direktor im schwedischen Verteidigungsministerium, zum Thema „Eine schwedische Sicht auf die Sicherheit in der Arktis“**

Johan Lagerlöf erklärte, die geopolitische Lage habe sich im Hohen Norden und insbesondere für die Arktis aufgrund verschiedener Faktoren in den letzten Jahren rasant verändert. Wegen ihrer strategischen Lage sei die Arktis sicherheitspolitisch schon immer von Bedeutung gewesen, der Klimawandel habe jedoch zusätzlich wirtschaftspolitische Interessen geweckt. Seit 2013 habe Russland seine militärischen Übungen sowie maritime und luftgestützte Aktivitäten in der Region erheblich ausgeweitet. Des Weiteren seien russische militärische Einrichtungen, wie beispielsweise Häfen und Flugplätze, modernisiert worden. Russland habe seine Fähigkeiten zur bodengebundenen und luftgestützten Luftverteidigung verstärkt und besitze die weltweit größte Eisbrecherflotte. Russland habe sein Flugabwehrsystem S-400 auf schiffsbasierten Abschussystemen installiert und zeige mit atombetriebenen U-Booten militärische Stärke. An der nördlichen Küste baue Russland neue Militärstützpunkte auf. Der Klimawandel und das abschmelzende Eis ermöglichten neue Schiffspassagen. Mit den wachsenden wirtschaftlichen Möglichkeiten hätten Russland und China verstärkt ihre Interessen an der Region deutlich gemacht. China konzentriere sich auf den Ausbau seiner Wirtschaftsinteressen, setze auf die Forschung und auf eine militärische Kooperation mit Russland. Zusammen mit den USA hielten Schweden, Finnland und Norwegen regelmäßige gemeinsame Übungen in der Arktis ab und signalisierten ihr gemeinsames Interesse an der Sicherheit in der Region. Als NATO-Partner unterhalte Schweden eine enge Partnerschaft mit Finnland. Zwischen den fünf nordeuropäischen Ländern, darunter auch die NATO-Mitglieder Dänemark und Norwegen, bestehe eine enge militärische Zusammenarbeit.

In der Diskussion legte **Michael R. Turner** (USA) die unterschiedlichen Schichten des bestehenden Sicherheitsnetzes in der Arktis dar. Eine Gruppe gleichgesinnter westlicher Staaten engagiere sich, um in Krisensituationen schnell mit einem abgestimmten Verfahren reagieren zu können und ergänzten damit die NATO sowie andere internationale Organisationen. Als Rahmennation sei das Vereinigte Königreich eng eingebunden. Auf die Frage,

inwieweit sich Schweden von Russland bedroht fühle, erklärte **Johan Lagerlöf**, dass an den schwedischen Grenzen seit sechs bis sieben Jahren verstärkt russische Aktivitäten in der Luft und auf der See zu beobachten seien. Ferner sei die Zahl der Vorfälle angestiegen, bei denen Russland sich rücksichtslos verhalte und die schwedische Reaktion testen wolle. Auf die Frage von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) nach der Mitarbeit in der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO), erklärte **Johan Lagerlöf**, Schweden sei seit zwei Jahren an vielen Projekten der PESCO beteiligt. Nicht-EU-Mitglieder sollten in die PESCO eingebunden werden, insbesondere in die europäischen Mobilitätsprojekte. Auf die Frage von **Fikri Isik** (Türkei) nach möglichen militärischen chinesischen Aktivitäten in der Arktis legte **Johan Lagerlöf** dar, bislang seien keine militärischen chinesischen Aktivitäten zu beobachten. China verfolge wirtschaftliche Interessen in der Region und investiere in die Infrastruktur, beispielsweise indem es ein Drehkreuz für den Transport errichte. China und Russland stünden militärisch in Kontakt und hielten gemeinsame militärische Übungen ab, wie beispielsweise gemeinsame Übungen von chinesischen und russischen Kriegsschiffen in der Ostsee. Es handele sich dabei um eine Kooperation, nicht um eine russisch-chinesische Interoperabilität. Russland möchte in der Region der „erste Spieler“ sein und habe nur ein begrenztes Interesse an einer chinesischen Präsenz.

2. Vortrag von John Manza, stellvertretender NATO-Generalsekretär für Operationen, zum Thema „Afghanistan: der Rückzug der Alliierten und darüber hinaus“

John Manza erläuterte, der Abzug der militärischen Truppen aus Afghanistan verlaufe planmäßig. Der US-General und Befehlshaber der NATO-Mission „Resolute Support“, Austin Miller, habe deutlich gemacht, dass nach Angriffen auf NATO-Truppen eine starke Reaktion folgen würde. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg habe erklärt, nach dem Abzug werde mit Afghanistan ein neues Kapitel eröffnet. Der Nordatlantikrat habe am 12. Mai 2021 ein neues Konzept für die Hilfe für Afghanistan beschlossen. Zur Absicherung der in Afghanistan verbleibenden Vertreterinnen und Vertreter der internationalen Gemeinschaft solle in Kabul der Flughafen gesichert und ein Krankenhaus zur Verfügung gestellt werden. Ziel sei es, Entwicklungshelfende und die Diplomaten in Kabul zu halten. Die sowjetische Armee habe nach ihrem Rückzug aus Afghanistan die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte eingestellt. Die NATO werde anders vorgehen und die Finanzierung der Sicherheitskräfte durch die Mitgliedsländer sicherstellen. Geplant sei eine Ausbildung von weiteren afghanischen Sicherheitskräften, Sondereinsatzkräften, Piloten und Mechanikern außerhalb Afghanistans. Auch sei eine Fortsetzung der Offiziersausbildung und von Regierungsmitarbeitenden geplant. Ein ziviler Vertreter der NATO solle mit einem Team in Kabul die Ausbildungsbemühungen koordinieren.

Michael R. Turner (USA) erkundigte sich, ob der Abzug koordiniert verlaufe. **John Manza** betonte, General Austin Miller habe bislang keinen voreiligen Abzug beobachtet. Seit 2015 habe die NATO keine Kampfmission mehr, die USA würden aber weiterhin Terroristen im Land bekämpfen. Auf die Frage von **John Campbell** (Vereinigtes Königreich), wie der Flughafen geschützt werden könne, räumte **John Manza** ein, dass ein Flughafen ein leichtes Ziel für feindliche Kämpfer sei. Jedoch habe es in den letzten zehn Jahren keine Anschläge auf den Flughafen gegeben. Die Türkei und verbündete Nationen schützten den Flughafen in Kabul und blieben nicht unter dem NATO-Banner, sondern auf der Grundlage bilateraler Absprachen vor Ort. Die kulturelle Nähe der Türkei zu Afghanistan erleichtere die strategisch wichtige Aufgabe und die Übernahme dieser Aufgabe durch die Türkei sei von großer Bedeutung. Eine türkische Fluggesellschaft fliege an sieben Tagen in der Woche Kabul an. Auf die Frage von **Neal Dunn** (USA), wie die NATO zum Schutz der afghanischen Ortskräfte beitragen könne, erklärte **John Manza**, dass Fragen des politischen Asyls auf nationaler Ebene gelöst werden müssten. Die NATO habe in dieser Frage keine Kompetenz und keine Möglichkeiten, aktiv zu werden. Sie könne die Alliierten lediglich auffordern, die afghanischen Ortskräfte zu schützen. Auf die Frage von **Ojars Kalnins** (Lettland), ob neben Russland weitere Nationen die Taliban mit Geld unterstützten, erwiderte **John Manza**, dass er sich aus Sicherheitsgründen nicht dazu äußern könne.

3. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Internationale Rüstungskontrolle: zukünftige Herausforderungen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Cédric Perrin (Frankreich)

Cédric Perrin erläuterte, die USA, Russland und China seien in den letzten zwanzig Jahren zu unterschiedlichen Einschätzungen des internationalen Sicherheitsumfelds gelangt, was ungewollt zur sukzessiven Aufhebung mehrerer Rüstungskontrollabkommen geführt habe. Er begrüßte, dass das Kernwaffenkontrollabkommen New START zwei Tage vor Beendigung im Februar 2021 von den USA und Russland verlängert worden sei. Die Rüstungskontrolle sei ein Instrument der gegenseitigen Sicherheit, daher sollten sich die Alliierten hierfür stärker einsetzen. Lösungen für bestimmte Herausforderungen durch künftige Rüstungskontrollabkommen müssten ge-

funden werden. Kernwaffenstaaten, insbesondere Russland und China, entwickelten neue, destabilisierende Kernwaffensysteme. Seit der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) im Jahr 1968 sei derzeit das Risiko einer unkontrollierten Proliferation von Kernwaffen größer als je zuvor. Zudem drohe eine Verbreitung von Kernwaffen in den volatilen Sicherheitsregionen Ostasien und Naher Osten. Neue und disruptive Technologien, wie Künstliche Intelligenz (KI) und autonome Systeme, führten zu erheblicher Unsicherheit in Bezug auf die Grundlagen nuklearer Abschreckung. Diese Herausforderungen erhöhten die Komplexität künftiger Verhandlungen und bedrohten das für eine wirksame Rüstungskontrolle erforderliche gegenseitige Vertrauen. Er forderte die Mitglieder auf, für Rüstungskontrollverhandlungen einzutreten, öffentliche Unterstützung zu gewinnen und dazu beizutragen, einen wirksamen Rechtsrahmen zu schaffen, um die Umsetzung zu gewährleisten. Insbesondere die Atommächte könnten das destruktive Wettrüsten begrenzen. In internationalen Einrichtungen könnten sich die Alliierten gemeinsam für die Schaffung von Normen und Standards für die Realisierung von neuen und disruptiven Technologien wie KI in Kernwaffensystemen einsetzen, insbesondere in den Bereichen Cyberspace und Weltraum.

In der Diskussion wurden die gestiegenen Investitionen in den Militärsektor und Chinas Nukleararsenal thematisiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass China in den nächsten 20 Jahren eine Verdoppelung seines Nukleararsenals anstrebe. Ferner wurde die Einbindung Russlands in die Rüstungskontrolle beraten.

4. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Sicherheitspolitische Herausforderungen im Hohen Norden“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jean-Charles Larssonneur (Frankreich)

Jean-Charles Larssonneur erläuterte, sein Bericht befasse sich mit der zunehmenden strategischen Bedeutung der Arktis im 21. Jahrhundert, den Ursachen für das wachsende weltweite Interesse an der Region sowie deren Folgen für das internationale Sicherheitsumfeld. Das im Kalten Krieg als Schauplatz für den strategischen Wettstreit der Supermächte dienende Gebiet habe sich verändert. Der Klimawandel wirke sich erheblich schneller als in anderen Regionen der Welt aus. Die Verbündeten seien mit einer Arktis konfrontiert, die sich hinsichtlich Klima, Geographie und geopolitischen Realitäten vom früheren Zustand deutlich unterscheide. Der durch den Klimawandel verursachte Rückgang des Eises eröffne den Zugang zu oberirdischen Transitstrecken und zu Bodenschätzen, was sich erheblich auf den Welthandel und die Rohstoffmärkte auswirke. Der leichtere Zugang habe zu einem verstärkten Interesse bei den arktischen Anrainerstaaten und den Nicht-Anrainerstaaten geführt. Die zunehmende politische Divergenz zwischen den USA und Russland im euro-atlantischen Raum und das wachsende Bestreben von Nicht-Anrainerstaaten, besonders von China, künftig Ansprüche auf die Arktis zu erheben, könnten zur Folge haben, dass die Arktis ihren aus der Zeit nach dem Kalten Krieg stammenden Ruf als Region friedlicher Kooperation verliere und zu einer Region des Wettstreits der Großmächte werde. Die bedeutenden ökologischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen in der Arktis seien für die Bündnispartner von höchstem Interesse. Der Klimawandel beeinflusse maßgeblich die Entwicklungen in der Arktis, der noch nie dagewesene und längere Zugangsmöglichkeiten zu immer höheren Breitengraden eröffne. Die acht Arktis-Anrainerstaaten und eine wachsende Zahl externer Akteure investierten demzufolge mehr in die Wirtschaft und in die Militärstrukturen.

Russland investiere erhebliche Mittel in die Nordostpassage zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung in der Arktis. China suche zunehmend Mittel und Wege, sein wirtschaftliches Profil durch Investitionen und wissenschaftliche Forschungen in der Arktis auszuweiten mit dem Ziel, eine polare Seidenstraße zu errichten. Es bestehe die Sorge, dass diese Bemühungen die Grundlage für Chinas zukünftige Militarisierung der Region bildeten. Die arktischen Seewege gewönnen an strategischer Bedeutung, so dass die Aufrechterhaltung der Freiheit der Schifffahrt für die Allianz ein zentrales gemeinsames Anliegen sein müsse. Hinsichtlich einer möglichen Rolle der NATO in der Arktis verfolgten die Verbündeten unterschiedliche Ansätze und es bestehe darüber kein Konsens. Daher würden umfassendere strategische Überlegungen und gemeinsame Maßnahmen nicht diskutiert, so dass die arktischen Bündnispartner derzeit situativ und zurückhaltend agierten. Wegen der wachsenden Aufmerksamkeit für die Arktis werde ein verstärktes Engagement in der Region vermehrt befürwortet. Die Überarbeitung des NATO-Strategiekonzepts biete die Gelegenheit, ein Konzept für die Arktis zu entwickeln. Im Hinblick auf potenzielle Schwachstellen, die die Nordflanke des Bündnisses aufweise, sei die NATO darum bemüht, sich ein möglichst klares Bild von den Entwicklungen in der Region zu machen. In der Vergangenheit habe die fehlende NATO-Präsenz im Nordpolarmeer es den sowjetischen U-Booten ermöglicht, die GIUK-Lücke zu beherrschen, die transatlantischen Verbindungswege der Verbündeten zu unterbrechen oder die Überflugrouten zu kontrollieren, die die Polarregion für sowjetische Interkontinentalraketen ermöglichten. Das Bündnis setze sich für die Wahrung der Freiheit der Schifffahrt in einer zunehmend verkehrsreichen Arktis ein. Entscheidend sei, dass die Allianz die Fähigkeiten habe, ihre Interessen in der Region zu verteidigen. Erforderlich seien daher verstärkte

Investitionen in moderne Einsatzmittel für die Überwachung und Aufklärung, die eine Voraussetzung für ein möglichst klares Bild der Region seien. Das Bündnis benötige ein Wehrüberwachungssystem, das die weltraum-, luft- und landgestützte Überwachung in Echtzeit miteinander verbinde. Die Partner müssten ausreichende Fähigkeiten erwerben, um ihren Machteinfluss auf die Arktis besser planen zu können, um im Notfall ihre Interessen, einschließlich wirtschaftlicher Art, verteidigen zu können. Die Allianz müsse flexibel, intelligent und abgestimmt auf unterschiedliche Sicherheitsdynamiken reagieren können. Immer deutlicher zeige sich, dass die Langzeitfolgen des beschleunigten Klimawandels die Sicherheit aller Bündnispartner beeinträchtigen würden. Der rasante Temperaturanstieg in der Arktis, der dreimal so schnell wie der globale Mittelwert sei, habe das Potenzial, die Biologie und Geologie der Region dauerhaft zu stören. Die Störung der Nordpolarmeer-Strömungen infolge dieser Veränderungen könne schwerwiegende negative Auswirkungen haben und die Klimastabilität weltweit beeinträchtigen.

In der Diskussion bestand Einigkeit, dass derzeit Russland die Arktis dominiere und die NATO sich verstärkt mit dem Hohen Norden beschäftigen müsse. Chinas Selbsteinschätzung, es sei ein arktischer Staat, müsse zurückgewiesen werden.

5. Beratungen des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Chinas Verteidigungsfähigkeit: Konsequenzen für die NATO“, vorgelegt von der Berichterstatterin Lara Martinho (Portugal)

Lara Martinho führte aus, China investiere in die Modernisierung seiner Streitkräfte, gebe jährlich 261 Milliarden US-Dollar für das Militär aus, besitze 360 Marineeinheiten, und verfüge über die größte Luftwaffenflotte in Asien sowie weltweit über den drittgrößten Bestand an Nuklearwaffen. China habe ferner seine militärischen Aktivitäten im Ostseegebiet, im Mittelmeer und in der Arktis verstärkt. Das chinesische Militär bilde keine unmittelbare Bedrohung für die NATO, doch zeige es sich immer deutlicher, dass die expandierenden globalen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen Chinas zunehmend mit denen des Bündnisses im euroatlantischen Raum kollidierten, was in den drei Kernbereichen Meer, Weltraum und Cyberspace besonders deutlich werde. Darüber hinaus seien die Einhaltung der Regeln für die Freiheit der Schifffahrt auf hoher See, die Aufrechterhaltung des Zugangs zu sicheren Satellitenkommunikationsnetzen sowie der Cyberraum zum Schauplatz strategischer Konkurrenz und Störmanöver Chinas geworden. Die NATO müsse in vielen globalen Sicherheitsfragen, wie beispielsweise dem Klimawandel, der Terrorbekämpfung sowie der Rüstungskontrolle mit China zusammenarbeiten. Um das Bündnis gegenüber einem weltweit starken China zu positionieren, müsse eine klare politische Aussage darüber getroffen werden, wofür das Bündnis stehe. Die Allianz solle intensiver zusammenarbeiten, um ein transparenteres Bild von der Größe und des Ausmaßes der chinesischen Herausforderung auf allen Feldern zu gewinnen. Die politischen und militärischen Kontakte zwischen der NATO und China sollten ausgebaut und die strategischen Schwachstellen des Bündnisses ermittelt werden. Erhebliche Investitionen fließen in die chinesische „Belt and Road Initiative“ und damit in den Ausbau seiner Handelsposition in Europa. China beabsichtige zudem mit der polaren Seidenstraße eine Schlüsselrolle bei der Öffnung des Zugangs zur Arktis zu erreichen. Die Initiativen zur „Digital Silk Road“ und zur „Space Silk Road“ zielten darauf ab, den Aufbau einer modernen digitalen Infrastruktur sowohl weltweit als auch im Weltraum zu ermöglichen. Die chinesische Militärkooperation mit Russland sei enger als je zuvor. China wirke zudem auf die Vervollständigung seiner nuklearen Triade hin und werde nach Schätzungen des US-Verteidigungsministeriums sein Kernwaffenarsenal bis Ende des Jahrzehnts verdoppeln. Die offiziellen Informationen über Chinas nationale Sicherheitsstrategie und Militärdoktrin seien unvollständig und Pekings Bemühungen reichten nicht zur Ermittlung eines klaren gemeinsamen Verständnisses von Chinas Verteidigungs- und Abschreckungsstrukturen aus. Das Bündnis müsse den Informationsaustausch und die politisch-militärische Koordinierung ausbauen und die Abstimmung über die militärische Modernisierung auf systematischer Grundlage und durch die vorhandenen Kanäle im NATO-Hauptquartier optimieren. Insbesondere müssten sich die Verbündeten auf Chinas Bestreben konzentrieren, neue und disruptive Technologien zu übernehmen und in seine Teilstreitkräfte zu integrieren, besonders bei Quantencomputern über die KI bis hin zur Automatisierung. Die NATO solle ihre Beziehungen zu Partnerländern und neuen Partnern im Indopazifik weiter vertiefen. Das Bündnis habe in 2012 globale Partnerschaften mit Südkorea, Neuseeland und der Mongolei geschlossen, 2013 mit Australien und 2014 mit Japan. Diese konsultative Dimension müsse durch regelmäßige und robustere Militärübungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ergänzt werden, zu denen auch gemeinsame Übungen mit den im Pazifik stationierten amerikanischen Streitkräften gehörten und an denen auch europäische Verbündete teilnahmen.

In der Diskussion wurde besonders die Frage nach der Entwicklung der militärischen Stärke Chinas bis zum Jahr 2049 erörtert.

VI. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte unter dem Vorsitz von **Angel Tilvar** (Rumänien) am 15. Mai 2021. Schwerpunkte der Beratungen waren die Stärkung der Resilienz durch zivile Bereitschaft insbesondere gegenüber Desinformation und Propaganda sowie die Entwicklungen in der MENA-Region zehn Jahre nach dem Arabischen Frühling.

1. Vortrag von Frau Sara Myrdal, Direktorin für internationale Angelegenheiten bei der schwedischen Agentur für zivile Notfälle (MSB), zum Thema „Schwedisch-finnische Erfahrungen bei der Stärkung der Widerstandsfähigkeit durch zivile Bereitschaft“

Sara Myrdal berichtete über die Erfahrungen, die Schweden bei der Zusammenarbeit mit Finnland im Bereich der Stärkung der Widerstandsfähigkeit des zivilen Sektors sowie hinsichtlich der verstärkten Zusammenarbeit bei militärischen Aktivitäten gemacht habe. Im Oktober 2020 sei ein Gesetz für die militärische gegenseitige Unterstützung in Kraft getreten. Beide Gesellschaften seien aufgrund der geschichtlichen Entwicklung und der geografischen Lage bereits in vielen Bereichen miteinander verbunden. Die Spannungen in der Ostseeregion, der Klimawandel, Cybersicherheit und die Bekämpfung von Desinformationen stellten beide Länder vor neue Herausforderungen. Die gesamte nordische Region stimme sich im Bereich der zivilen Bereitschaft eng ab. Die Aufgaben der Agentur für zivile Notfälle (MSB) seien, Reaktionen gegen Desinformation zu entwickeln und Übungen für Katastrophenfälle durchzuführen. Dabei verfolge die Agentur einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz für die zivile Bereitschaft. Seit einigen Jahren seien in Schweden, Finnland und Norwegen die öffentlichen Sicherheitskommunikationsnetze miteinander verbunden, die die Kommunikation bei grenzüberschreitenden Krisen ermöglichten. Weitere Kapazitäten würden im Bereich des ABC-Schutzes aufgebaut und beide Staaten entwickelten beispielsweise ein Konzept für die Dekontamination. Sie betonte die Bedeutung, grenzübergreifende Schwachstellen gemeinsam zu bewerten und zu analysieren. So habe die Initiative „*Critical Nordic Flows*“ die Notwendigkeit einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit des zivilen mit dem militärischen Bereich nachgewiesen. Sie forderte, einen gemeinsamen Ansatz für die Resilienz im NATO-Rahmen zu entwickeln.

In der Diskussion erkundigte sich **Angel Tilvar** (Rumänien) nach der Rolle der Bildung und der Aufklärung der Öffentlichkeit im Bereich der zivilen Bereitschaft. **Sara Myrdal** erwiderte, in Schweden spiele die Aufklärung der Öffentlichkeit und der Jugend eine wichtige Rolle. Die Agentur arbeite eng mit den Lehrkräften zusammen und stelle Materialien zur Abwehr von Krisen bereit. Die in 2018 an alle Haushalte verteilte Broschüre sei sehr positiv aufgenommen worden. **Jane Cordy** (Kanada) merkte an, einige Wettstreiter, wie beispielsweise China, würden zunehmend in kritische Infrastruktur wie in Kommunikationsnetzwerken oder Energieunternehmen investieren. Sie fragte, wie sichergestellt werden könne, dass ausländische Investitionen nicht die Widerstandsfähigkeit und Krisenreaktionsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten schwächen. **Sara Myrdal** erwiderte, für diesen Bereich sei die Agentur nicht zuständig, die schwedische Regierung befasse sich jedoch mit dem Thema. Auf die Frage von **Anissa Khedher** (Frankreich) wie der Zivilgesellschaft ihre Verantwortung für die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft nahegelegt werden könne, antwortete **Sara Myrdal**, dass viel Aufklärung, insbesondere bei der Jugend, anhand von Broschüren, Aufklärungskampagnen und Übungen für die Bevölkerung nötig seien. **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) hob hervor, dass die zivile Vorsorge im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie diskutiert werden müsse. Er erkundigte sich nach der aktuellen Situation in der Pandemie und ob eine Zusammenarbeit mit Dänemark bestehe. **Sara Myrdal** bestätigte, die Pandemie sei das bestimmende Thema. Der Umgang mit der Pandemie müsse analysiert und Schlussfolgerungen gezogen werden. Der in Schweden zur Bewertung der Bewältigung der Krise eingesetzte Ausschuss habe bereits einen ersten Bericht über die Ursachen für die hohe Todeszahl in Seniorenheimen verabschiedet. Ein abschließender Bericht werde für Anfang 2022 erwartet. Mit Dänemark bestehe eine enge Zusammenarbeit.

2. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Verbesserung der zivilen Bereitschaft zur Steigerung der Resilienz in den Gesellschaften der Bündnisstaaten“ vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Joëlle Garriaud-Maylam erklärte, die COVID-19-Pandemie habe die Bedeutung der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften gezeigt. Viele Länder seien von militärischen und hybriden Bedrohungen sowie von Naturkatastrophen betroffen, auf die mit zivilen und militärischen Maßnahmen reagiert werden müsse. Das Bündnis und die Partner sollten einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz wählen und zivile sowie militärische Akteure müssten zusammenarbeiten. Bei der Bekämpfung der Pandemie seien der Privatsektor und lokale sowie nationale Institutionen die wichtigsten Akteure gewesen, was sich insbesondere bei der kurzfristigen Impfstoffentwicklung

durch private Unternehmen gezeigt habe. Die Privatisierungen in den Bereichen der Energieversorgung und der Transportnetze hätten zu mehr Innovation und Effizienz geführt, dennoch bemühe sich der private Sektor noch zu wenig um Resilienz. Infrastrukturmaßnahmen müssten auch in den Dienst der Verteidigung gestellt werden. In Krisen müsse die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, Wasser und Nahrungsmitteln gesichert sein. Ferner sollten zivile Kommunikationssysteme, die Energieversorgung und die Verkehrssysteme aufrechterhalten werden. Aus der Krise könne die Lehre gezogen werden, dass die Widerstandsfähigkeit und die zivile Vorsorge priorisiert werden müssten. Auch wenn es sich um nationale Angelegenheiten handele, sollten spezifische Kenntnisse und Erfahrungen innerhalb der Allianz genutzt werden. So habe Schweden spezifische Fähigkeiten bei der Aufklärung der Bevölkerung und Estland im Bereich der Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyber-Angriffe entwickelt. Über das bestehende Zwei-Prozent-Ziel hinaus müssten finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

José Luis Carneiro (Portugal) betonte die Bedeutung einer Neubewertung, Weiterentwicklung und Verbesserung der kritischen Infrastruktur. Die Krise habe gezeigt, dass sich die Bevölkerung zunehmend von den demokratischen Institutionen im Stich gelassen fühle. Die Feinde der Demokratie versuchten fortlaufend die Demokratien zu schwächen. In Portugal bestehe ein deutliches Kommunikationsdefizit zwischen der Bevölkerung und den demokratischen Institutionen. Er erkundigte sich nach einem Kooperationsmodell, mit dem eine vertrauensvolle Beziehung zwischen staatlichen Institutionen und der Bevölkerung auf regionaler, nationaler sowie europäischer Ebene gestärkt werden könne. **Aleksandrs Kirsteins** (Lettland) ergänzte, auch Lettland bereite die Bevölkerung auf Krisen vor. Zu den im Bericht beschriebenen Herausforderungen durch grenznahe Aktivitäten des russischen Militärs merkte er an, die baltischen Staaten seien darüber hinaus hybriden Bedrohungen, Cyberattacken, politisch motivierter Propaganda und Desinformationskampagnen, wirtschaftlichem Druck und nachrichtendienstlichen Einsätzen ausgesetzt. **Rodrigue Demeuse** (Belgien) erkundigte sich, was unternommen werden könne, damit die im strategischen Bereich tätigen privaten Unternehmen ebenfalls Notfallpläne entwickelten. Die Anfälligkeit kritischer Infrastrukturen sei durch die Cyberattacke gegen das Unternehmen *Colonial Pipeline* bestätigt worden. Solche Schwachstellen könnten sich auch auf andere Sektoren auswirken und die Versorgung beeinträchtigen. **Joëlle Garriaud-Maylam** erklärte, die Corona-Krise müsse als Chance und als Vorbereitung auf zukünftige Krisen begriffen werden. Private Unternehmen müssten in die Cybersicherheit investieren. Das neu zu errichtende Zentrum für demokratische Resilienz innerhalb der NATO könne ebenfalls einen Fortschritt darstellen.

3. **Paneldiskussion mit Tor-Björn Astrand, Leiter der Abteilung für Informationspolitik in der schwedischen Agentur für zivile Notfälle (MSB) und Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Stärkung der demokratischen Widerstandskraft des Bündnisses gegenüber Desinformation und Propaganda,“ vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Linda Sanchez (USA)**

Linda Sanchez erklärte, die Folgen des Angriffs auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 seien in den USA weiterhin spürbar und viele litten unter einem Trauma. Es sei zutiefst beunruhigend, dass Teile der Bevölkerung von Lügen, Angst und Wut derart überwältigt worden seien. Um in der Zukunft ähnliche Vorfälle zu verhindern, müssten die Ursachen des Angriffs analysiert werden. In der Corona-Pandemie würden böswillige interne und externe Akteure Desinformationen verbreiten und zu ihren Zwecken einsetzen. Insbesondere Russland, China und der Iran setzten Desinformationen ein. Ferner würden nichtstaatliche Akteure, wie terroristische Organisationen, rechtsextreme Gruppen und Verschwörungstheoretiker zunehmend Desinformations- und Propagandafähigkeiten aufbauen und einsetzen. Zwischen den verschiedenen Methoden und Zielen seien Parallelen zu erkennen. Diese verstärkten sich gegenseitig, so dass sie gemeinsam strategische Ziele verfolgen und demokratische Werte in Frage stellen könnten. Die Grenze zwischen Fiktion und Tatsache werde verwischt, so dass die Verbreitung von Desinformationen eine existenzielle Bedrohung für die Demokratien darstelle. Eine stärkere Aufklärung und eine verbesserte öffentliche Kommunikation seien erforderlich, da die bisherigen Maßnahmen fragmentiert und unzureichend seien. Kurz- und langfristige Strategien zur Bekämpfung von Desinformationen müssten entwickelt werden. Die Errichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz sei ein guter Schritt. Hierfür müssten ausreichende finanzielle, personelle und technische Ressourcen bereitgestellt werden. Das Bündnis und die Partner müssten gemeinsame Möglichkeiten entwickeln, um „Störer“ zur Rechenschaft zu ziehen. Ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz und gemeinsame, wertebasierte Antworten seien notwendig, um die Empfänglichkeit für Desinformation zu verringern und die Widerstandsfähigkeit zu stärken.

Tor-Björn Astrand berichtete über die Auswirkungen von Desinformationen auf die demokratische Resilienz. Feindliche Akteure setzten sie gezielt ein, um den Willen der Bevölkerung zum Selbstschutz zu schwächen, und Entscheidungsträger zu beeinflussen. Um diesen Bedrohungen mit erfolgreichen Strategien zu begegnen, sei eine Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene notwendig. Zum Schutz der Demokratie, der Rechts-

staatlichkeit und der Rechte des Einzelnen sei Widerstandsfähigkeit sehr wichtig und diene als Abschreckungskomponente. Die Agentur analysiere gemeinsam mit der NATO die Bedrohungen und entwickle Abwehrmaßnahmen.

In der Diskussion erkundigte sich **Jane Cordy** (Kanada), was das Bündnis gegen die Bedrohungen unternehmen könne. **Angel Tilvar** (Rumänien) fragte nach den Kontroll- und Regulierungsmechanismen für Unternehmen, um sicherzustellen, dass Desinformation verhindert, Zäsur aber nicht ausgeübt werde. **Marilou McPhedran** (Kanada) erkundigte sich, ob zur Durchsetzung der Empfehlungen Regelungen notwendig seien. **Linda Sanchez** führte aus, bei bestimmten Gruppierungen dominiere ein Misstrauen gegenüber den Regierungsinstitutionen, dessen Ursachen untersucht werden müsse. Es sei schwierig, eine Balance zwischen Regulierung und Freiheit herzustellen, ein Ausgleich müsse gefunden werden. Unternehmen sollten verpflichtet werden, aufrührerische, nicht der Wahrheit entsprechende Inhalte zu entfernen. Die Verbreitung von Fehlinformationen müsse mit allen Mitteln verhindert werden. **Tor-Björn Astrand** betonte die große Verantwortung der Gesetzgebung. Schweden arbeite an einem gesetzlichen Rahmen. **Linda Sanchez** erklärte, durch Fehl- und Desinformationen werde eine Spaltung der Bündnispartner angestrebt und in den Länder Konflikte provoziert, was besonders besorgniserregend sei, wenn gezielt gegen Minderheiten agiert werde.

4. **Beratung des Berichtsentwurfs „Zehn Jahre nach dem Arabischen Frühling: Erwartungen an die Demokratie und der Verlust der Illusionen“, vorgelegt von der Berichterstatteerin Anissa Khedher (Frankreich)**

Anissa Khedher berichtete, der erhoffte Wandel in der MENA-Region sei nicht eingetreten und die Euphorie verfliegen, so dass aus Hoffnung Desillusion geworden sei. Seit 2013 habe eine Gegenbewegung eingesetzt, die vieles, was erreicht worden war, wieder in Frage stelle. Mit Ausnahme von Tunesien gebe es zunehmend demokratische Rückschritte. Die Corona-Pandemie habe den Prozess der Demokratisierung negativ beeinflusst und autoritäre Regime, wie in Ägypten, gestärkt. Gradmesser für Fortschritte bei der Demokratisierung seien der Umbau der Zivilgesellschaft, die Entwicklung bei der Achtung der Meinungs- und Pressefreiheit sowie den Frauenrechten, die gesellschaftliche Rolle der Jugend und die Beziehungen zwischen dem Zivildesektor und dem Militärbereich. Die Erwartungen der Öffentlichkeit seien sehr hoch gewesen, aber nur teilweise Fortschritte erzielt worden. In vielen Ländern der Region sei weiterhin der Zugang zu Informationen eingeschränkt und die zivilen Institutionen seien für die Kontrolle der Sicherheitsbehörden zu schwach. Seit 2019 bestehe jedoch eine neue Dynamik, beispielsweise im Libanon, im Sudan, im Irak und in Algerien, so dass eine abschließende Bilanz nicht gezogen werden könne. Die erhobenen Forderungen nach besseren wirtschaftlichen Bedingungen, demokratischen Regierungen und Achtung der Menschenrechte seien ähnliche wie damals. Die Proteste hätten zum Rücktritt des algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika und zum Zusammenbruch des Regimes von Umar al-Bashir im Sudan geführt. Für das Bündnis sei die Stabilität in dieser Region von hoher Bedeutung und der Demokratisierungsprozess müsse durch einen verstärkten Dialog unterstützt werden.

In der Diskussion erläuterte **Anissa Khedher** auf die Frage von **Rodrigue Demeuse** (Belgien) nach den Gründen für die Entwicklung in Tunesien und welche Schlussfolgerungen gezogen werden könnten, dass diese in der Nähe der öffentlichen Institutionen zu den Bürgern, der Rolle der Frauen sowie in der Vielschichtigkeit der Gesellschaft lägen. **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den Ursachen für die abweichende Entwicklung einiger Länder in der MENA-Region und erkundigte sich nach Möglichkeiten, die Region zu unterstützen und demokratische Kräfte vor Ort zu stärken. **Anissa Khedher** erklärte, in der Corona-Krise seien die Regierungen gezwungen worden, der Bevölkerung zu helfen, was auch zur stärkeren Durchsetzung politischer Positionen beigetragen habe. In der MENA-Region sei Marokko, dessen Regierung als legitim angesehen werde, wirtschaftlich besser aufgestellt und auf die Globalisierung vorbereitet. Die Fortschritte in Algerien sowie die Frage der Migration würden im Bericht berücksichtigt werden. Die Pandemie habe auf der einen Seite autoritäre Regierungen gestärkt, gleichzeitig sei die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft verdeutlicht worden.

VII. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte unter dem Vorsitz von **Philippe Folliot** (Frankreich) am 15. Mai 2021. Zentrale Themen der Sitzung waren die globale Wirtschaftsentwicklung nach der Pandemie und die Verteidigungsausgaben des Bündnisses.

1. Vortrag von **John Hassler**, Professor und stellvertretender Direktor am Institut für internationale Wirtschaftsstudien der Universität Stockholm, zum Thema „Die schwedische Perspektive für die globalen Wirtschaftsaussichten“

John Hassler erläutert die Besonderheiten der durch die Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise, die eine enorme Reduzierung des weltweiten Bruttosozialprodukts, den Rückgang von Konsum und Dienstleistungen sowie die Unterbrechung von internationalen Lieferketten verursacht habe. Die traditionellen Interventionen der Zentralbanken bei Krisen seien in dieser Krise nicht sinnvoll gewesen, es bedurfte vielmehr gezielter Subventionen an Personen und Firmen zur Überbrückung. Die Hilfen dürften nur temporär sein. Die Resilienz und Flexibilität der Wirtschaft seien größer als erwartet, so dass zusätzliche Hilfen für den Neustart nicht nötig seien. Der Impfstoff berge ein großes wirtschaftliches Potential; das Patentsystem dürfe nicht angetastet werden. Zur Unterstützung des Neustarts empfahl er Investitionen in die Infrastruktur und Bildung, um den Rückstand aufzuholen. Wichtig sei auch die Belebung der internationalen Kooperation und Koordination, damit die Verschuldung der Staaten nicht zum Problem werde.

Ivans Klementjevs (Lettland) wies darauf hin, dass die Europäische Zentralbank eine stimulierende Förderung für den Neustart befürworte. **Faik Öztrak** (Türkei) thematisierte die durch die Krise verursachte Verschuldung von Privathaushalten und die Auswirkungen auf die Währungen. **Philippe Folliot** (Frankreich) fragte nach der Priorität der staatlichen Investitionen mit Blick auf den Umweltschutz und das Pariser Klimaabkommen. **John Hassler** betonte die Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten aus wirtschaftlicher Sicht. Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz seien hingegen politische Entscheidungen.

2. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Die weltweite Wirtschaftskrise: Implikationen und Aussichten“, vorgelegt von dem Berichterstatter **Faik Öztrak** (Türkei)

Faik Öztrak erklärte, durch die dynamischen Entwicklungen seien große Teile des im März verfassten Berichtsentwurfs überholt. Dies betreffe besonders die unterschiedliche Situation in Indien und China. Hier werde der Wettbewerb zwischen zwei Systemen deutlich, autoritäre Systeme hätten die Pandemie instrumentalisiert, um die demokratische Staatsführung zu diskreditieren. **Faik Öztrak** betonte die großen Unterschiede zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern, zum Beispiel auch bei der Herstellung und Verteilung von Impfstoff. Er warb für globale Solidarität und Investitionen in den Klimaschutz.

Auf Nachfrage von **Nicole Durant** (Frankreich) erklärte **Faik Öztrak**, Beispiele für erfolgreiches Handeln der Länder würden in die finale Version des Berichts aufgenommen. **John Spellar** (Vereinigtes Königreich) thematisierte, wie China sich global Zugang zu Rohstoffen verschaffe, was zukünftig zu einem Problem werden könne. Er betonte die Notwendigkeit von Resilienz der Länder und zeigte mit Blick auf die Krise die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten auf. **Neal Dunn** (Vereinigte Staaten) warb für Investitionen in Impfstoffe und die Reduzierung von Handelsschranken für medizinische Produkte.

3. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Verteidigungsausgaben des Bündnisses: Anhaltende Bedrohungen und neue Beschränkungen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen)

Der Generalberichterstatter erklärte, die Pandemie und die mit ihr verbundene Wirtschaftskrise hätten eine Reihe verteidigungspolitischer Herausforderungen verschärft. Es bestehe daher die Sorge, dass durch die finanzpolitischen Konjunkturpakete die Verteidigungsausgaben anderen dringenden Prioritäten geopfert würden. Zwangsläufig münde die Frage der Verteidigungsausgaben immer wieder in eine umfassendere Diskussion über die Lastenteilung. Der Wirkungsgrad der Ausgaben müsse gesteigert und Kosten reduziert werden. Der Reflexionsprozess der NATO solle für eine Vertiefung der Zusammenarbeit genutzt werden. Zum Thema Verteidigungsausgaben schlage er die Einrichtung einer NATO-Bank vor, die die Bündnisstaaten bei der Finanzierung und Verbesserung ihrer Fähigkeiten unterstützen solle. **Nicole Durant** (Frankreich) fragte nach den Finanzmitteln für die NATO-Bank und der Entscheidung über die Mittelvergabe. Sie halte diese Idee für sehr komplex und daher für den Bericht nicht geeignet. **Ivans Klementjevs** (Lettland) wies darauf hin, dass eine gemeinsame Finanzierung

(common funding) kein Thema in der Initiative „NATO 2030“ und damit keine entsprechende Entwicklung zu erwarten sei.

4. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transformation und Entwicklung“ zum Thema „Belarus: Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Diplomatie“, vorgelegt von dem Berichterstatter Michal Szczerba (Polen)

Michal Szczerba betonte, Belarus solle weiterhin ganz oben auf der internationalen Agenda stehen und die Staatengemeinschaft die belarussische Gesellschaft, soweit möglich, unterstützen. Es gebe allen Grund zur Sorge, auch mit Blick auf Russlands auf Dauer angelegten Ambitionen. Auch hier werde eine schrittweise Annexion befürchtet. Das EU-Nachbarland Belarus stelle eine besondere Situation dar. Er warb für die Verhängung von Sanktionen gegenüber diejenigen, die an der Unterdrückung der belarussischen Demokratiebewegung direkt beteiligt seien oder die Souveränität des Landes zu untergraben versuchten. Die EU, das Vereinigte Königreich und Kanada sollten ihr Vorgehen mit den USA abstimmen. Er informierte über Angriffe auf die polnische Minderheit in Belarus. Die Chancen auf einen konstruktiven Dialog seien gering, daher müssten alle verfügbaren Mittel eingesetzt werden, einschließlich verschiedener restriktiver Maßnahmen und schärferer diplomatischer Sanktionen. **John Spellar** (Vereinigtes Königreich) sagte, der virtuelle Besuch der Versammlung in Polen im April habe vertiefte Einblicke in die Geschehnisse gegeben. Der Ausschuss sollte die Entwicklungen in Belarus weiter intensiv begleiten.

VIII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am 16. Mai 2021 unter dem Vorsitz von **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich). Themen waren die Zusammenarbeit der NATO mit Partnerstaaten, die Nuklearverhandlungen mit dem Iran, die Rolle der NATO im Weltraum und die Gefahren durch Bioterrorismus nach der COVID-19-Pandemie.

1. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Verbesserung der Zusammenarbeit der NATO mit asiatischen Partnern im Bereich Wissenschaft und Technologie“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Nusrat Ghani (Vereinigtes Königreich)

Nusrat Ghani verwies auf die große Bedeutung der Forschungsk Kooperationen innerhalb der Allianz. Die Wissenschafts- und Technologieorganisation der NATO (NATOs Science and Technology Organisation, STO) habe wegen des Aufstiegs der Region und der Stellung Chinas ihre Zusammenarbeit mit den asiatischen Partnerstaaten verstärkt. Eine engere Kooperation mit Partnerländern wie Japan und Südkorea sei begrüßenswert. Das Engagement von Frauen in der Wissenschafts- und Technologiebranche solle insgesamt erhöht werden. **Sven Clement** (Luxemburg) sprach sich dafür aus, das Recht auf geistiges Eigentum gegenüber China stärker einzufordern.

2. Vortrag von Dr. Tarja Cronberg, Stockholmer Zentrum für Friedensforschung (SIPRI) zum Thema „Nuklearverhandlungen mit dem Iran: Nukleardiplomatie für Rüstungskontrolle“

Dr. Tarja Cronberg legte dar, bislang sei das oberste Ziel der westlichen Iranpolitik gewesen, den militärischen Konflikt zu vermeiden. Mit der neuen US-Administration solle mehr Handel mit der internationalen Gemeinschaft erlaubt werden, Jedoch sei strittig, wer den ersten Schritt auf wen zugehen könne und wie. Der Gemeinsame Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPoA) solle wieder in Kraft treten und von allen Seiten befolgt werden. Auch Russland habe kein Interesse daran, dass der Iran Nuklearwaffen erhalte, wohl aber daran, den Iran aufzurüsten und zivile Kernkraft an den Iran zu verkaufen. Scheitere der JCPoA, sei dies destabilisierend für die gesamte Region.

3. Beratung des Sonderberichtsentwurfs zum Thema „Weltraum und Sicherheit – Die Rolle der NATO“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD)

Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD) machte deutlich, dass der Weltraum aus drei Gründen von hohem Interesse für die Allianz sei. Erstens sei der Weltraum zur Aufrechterhaltung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit wichtig und für das Heer, die Marine und die Luftwaffe von strategischer Bedeutung. Zweitens nehme die Wahrscheinlichkeit von Konflikten im Weltraum zu, was sich durch die hohe Aktivität sowohl von staatlichen als auch privaten Akteuren im Weltraum ergebe. Satellitenkollisionen stellten eine immer größere Gefahr dar. Drittens müsse das internationale Regelwerk für den Weltraum aktualisiert werden. Der freie, regelbasierende Zugang sei

wünschenswert, eine Militarisierung des Weltraums müsse vermieden werden. Der Auf- und Ausbau von Welt-raumfähigkeiten nütze nicht nur dem Militär, sondern sichere auch den technologischen Vorsprung und unterstütze die Wirtschaft. China und Indien seien stark im Weltraum engagiert. Die Schaffung von gemeinsamen Fähigkeiten innerhalb der Allianz werde ausdrücklich begrüßt. **Njall Trausti Fridbertsson** (Island) machte auf die strategische Bedeutung des Hohen Nordens aufmerksam, da aus dieser Region zunehmende Satellitenstarts erfolgten.

4. **Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ zum Thema „Biowaffen - Technologischer Fortschritt und das Gespenst des Bioterrorismus nach COVID-19“, vorgelegt von der Berichterstatterin Leona Alleslev (Kanada)**

Für die Allianz könne die Beschäftigung der Mitgliedstaaten mit biologischen Waffen auch in weiteren Pandemiefällen helfen, schnellere und effizientere Gegenmaßnahmen einzuleiten. Es müsse bedacht werden, dass Fortschritte im Bereich der Lifesciences (Lebenswissenschaften), so wichtig und richtig diese seien, auch Gefahren in sich bergen. Daher müssten biologische Waffen weiter geächtet werden. Das „Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (BWÜ)“ müsse aktualisiert werden. Insbesondere seien die Schaffung einer Vertragsorganisation und stärkere Überprüfungsmechanismen notwendig. Nichtstaatliche Akteure seien kaum in der Lage, solche Waffen gefahrenlos einzusetzen. Jedoch gebe es einige autoritäre Regime, die diese Fähigkeit besäßen, darunter Nordkorea.

IX. **Plenarsitzung**

Am Montag, den 17. Mai 2021 fand unter dem Vorsitz von Präsident **Gerald E. Connolly** (USA) die Plenarsitzung statt.

1. **Ansprache des Präsidenten Gerald E. Connolly (USA)**

Präsident **Gerald E. Connolly** betonte, die NATO stehe angesichts eines „neuen Wettbewerbs der Systeme“, bei dem Autokraten versuchten, parallele Normen, Institutionen und Bündnisse voranzutreiben, an einem kritischen Punkt. Die regelbasierten Systeme seien in Gefahr. Weitere Herausforderungen seien der Terrorismus, der Klimawandel sowie die Corona-Pandemie. Das Bekenntnis zu Einigkeit und zum Zusammenhalt auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte müsste neu bekräftigt werden. Mit diesen Prinzipien unterscheide sich die NATO von anderen Bündnissen. Die Regierungen müssten dieses Bekenntnis umsetzen. Die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz innerhalb der NATO könne dabei helfen. Russland verhalte sich weiterhin destabilisierend. Die gemeinsame Verteidigung müsse gestärkt und der Dialog mit Russland geführt werden. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim werde niemals akzeptiert und sei ein Test für die Entschlossenheit und Fähigkeit des Bündnisses, die regelbasierte Ordnung zu verteidigen. Die Einführung einer informellen Unterstützerguppe innerhalb der Versammlung für die Krim sei daher ein wichtiges Zeichen. Der bislang bestehende Wettbewerbsvorteil gegenüber China müsse aufrechterhalten und der Dialog gesucht werden. In diesem Zusammenhang habe die Stärkung der Partnerschaften mit gleichgesinnten Demokratien besondere Bedeutung. Russland und China dürften nicht die technologische Führungsrolle übernehmen. Zum geplanten Abzug der NATO aus Afghanistan unterstrich er, dass der Abzug die erreichten Fortschritte nicht gefährden dürfe. Das Bündnis müsse sich an neue Formen des Terrorismus anpassen und an der Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels festhalten. Die Tür für potentielle Beitrittsländer solle offen bleiben. Die transatlantische Verbindung müsse gestärkt und die Aktualisierung des strategischen Konzepts der NATO gefördert werden.

2. **Ansprache des stellvertretenden NATO-Generalsekretärs, Mircea Geoană**

Der stellvertretende NATO-Generalsekretär **Mircea Geoană** betonte, 2021 sei ein wichtiges Jahr gewesen. Die Einheit und Solidarität müsse neu bekräftigt, die Anpassung an neue Herausforderungen beschleunigt und das Bündnis für die Zukunft vorbereitet werden. Der NATO-Reflexionsprozess habe wichtige Impulse für die Überarbeitung des Strategischen Konzepts gegeben. Eine Anpassung sei wegen des verstärkten globalen Wettbewerbs, des Vormarsches autoritärer Regime sowie im Hinblick auf neue Instabilitäten in der unmittelbaren Nachbarschaft erforderlich. Der Abzug aus Afghanistan, der Aufstieg Chinas, die Reaktion auf das aggressive Verhalten Russlands, der Klimawandel, die Bekämpfung von Terror und Cyberattacken sowie disruptiver Technologien stellten das Bündnis vor neue Herausforderungen. Der Schutz der regelbasierten Ordnung erfordere eine zukunftsorientierte Agenda, eine Erweiterung des Sicherheitskonzepts sowie einen globalen Ansatz. Die Investitionen in die

Verteidigung müssten substantiell erhöht werden. Ferner müssten die Gesellschaften und die Infrastrukturen widerstandsfähiger sowie der technologische Fortschritt bewahrt werden. Hinsichtlich des Klimawandels solle die NATO auch einen Beitrag zur Reduzierung der globalen Immissionen leisten. Die Stärkung der Zusammenarbeit mit Wertepartnern trage wesentlich dazu bei, internationale Standards und Normen zu setzen und die Demokratie zu verteidigen.

Auf die Frage von **Attila Mesterhazy** (Ungarn) nach den Beitrittsperspektiven für die Länder des Westbalkans, insbesondere für das Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina, erklärte **Mircea Geoană**, dass die NATO einen Schwerpunkt auf den Westbalkan lege und eng mit der EU zusammenarbeite. **Marietta Giannakou** (Griechenland) fragte nach der Rolle der NATO bei der Verteidigung der Demokratie und betonte, dass die NATO im Unterschied zu anderen Organisationen, wie beispielsweise der EU, über keine rechtlichen Möglichkeiten verfüge, Mitglieder zu bestrafen, die gegen die Gründungsprinzipien verstießen. **Linda Sanchez** (USA) wollte ergänzend wissen, was die NATO tun könne, um demokratische Institutionen in den Bündnisstaaten widerstandsfähiger zu gestalten. **Mircea Geoană** führte aus, dem Bündnis fehlten rechtliche Sanktionsmöglichkeiten, es baue auf gemeinsame Interessen und Werten auf. Das Konsensprinzip der NATO führe auch bei Meinungsdivergenzen zu einem gewissen „Gruppenzwang“ und habe sich bewährt. Im Rahmen des NATO-Reflexionsprozesses solle der NATO-Gipfel die Widerstandsfähigkeit der Mitgliedstaaten genauer definieren und messbar machen. Schwachstellen und Verwundbarkeiten müssten analysiert und überwunden werden. Er sprach sich für die Einrichtung eines Koordinierungszentrums für demokratische Resilienz innerhalb der NATO aus. Präsident **Gerald E. Connolly** betonte die Bedeutung einer Institutionalisierung demokratischer Werte durch das Zentrum für demokratische Resilienz. Die Erforderlichkeit einer Institutionalisierung sei auch durch den Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 deutlich geworden. **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU) führte aus, die NATO-Mitgliedsländer beobachteten die weiteren Entwicklungen in Afghanistan sehr genau. Dass der Friedensprozess in Afghanistan ein komplexer und länger andauernder Prozess werden würde, sei zu erwarten gewesen. Er erkundigte sich nach der Rolle, die die NATO in Afghanistan nach dem Abzug der militärischen Kräfte einnehmen solle. **Osman Bak** (Türkei) ging auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ein und wollte wissen, ob es Möglichkeiten der Deeskalation und der Unterstützung durch die NATO gebe. **Adao Silva** (Portugal) erkundigte sich nach der zukünftigen Entwicklung der transatlantischen Beziehungen und ob die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren gestärkt werden könne. **Mircea Geoană** erklärte, die Entscheidung zum Rückzug aus Afghanistan habe sich über einen längeren Zeitpunkt angebahnt. Der Abzug erfolge im Rahmen eines geordneten Prozesses. Die NATO werde Afghanistan und die nationalen Streitkräfte weiterhin unterstützen. Die NATO habe keine Rolle im Nahost-Konflikt, habe jedoch zur Deeskalation und Zurückhaltung aufgerufen. Die Wiederaufnahme des Dialogs sei die einzige politische Lösung zur Herstellung von Stabilität im Nahen Osten. **Kerstin-Oudekki Loone** (Estland) betonte die ansteigende Bedeutung von autonomen Waffen im Zusammenhang mit den Fortschritten im Bereich der Künstlichen Intelligenz und erkundigte sich nach der Haltung der NATO zur Frage des Einsatzes von autonomen Waffen. **Theo Francken** (Belgien) erkundigte sich nach der Rolle der NATO in Afghanistan, in Irak und Iran. **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) fragte nach möglichen Fortschritten hinsichtlich der illegalen Annexion der Krim. **Mircea Geoană** erklärte, neue Technologien seien ein komplexes Thema und die NATO arbeite an einem „Fahrplan“. Es müsse sichergestellt werden, dass die Werte der NATO, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, bei der Art und Weise des Einsatzes und der Regulierung der neuen Technologien Beachtung fänden. Die NATO werde sich mit der EU in diesem Bereich abstimmen. Die NATO versuche zu gewährleisten, dass in Afghanistan das zivile Personal seine Arbeit fortsetzen könne. Für den Irak habe die NATO entschieden, ihre Präsenz zu verstärken, wenn eine entsprechende Bitte der irakischen Regierung vorliege. Die NATO werde zur Frage der Krim nicht von ihrer Position abweichen und die illegale Annexion nicht anerkennen. Der Partner Georgien werde unterstützt, um dem russischen Druck standzuhalten. **Sorin-Dan Moldovan** (Rumänien) schlug vor, dass beim NATO-Gipfel Lehren aus der Corona-Pandemie gezogen werden sollten. **Utku Cakirozer** (Türkei) hob hervor, die NATO müsse verstärkt die Rekrutierung von Kämpfern durch terroristische Organisationen bekämpfen und forderte die Abgabe einer Erklärung, in der Israel zur Einstellung der Angriffe auf palästinensische Gebiete aufgefordert werde. **Paolo Formentini** (Italien) erkundigte sich, wie die NATO dazu beitragen könne, China „in Schach zu halten“. **Mircea Geoană** erwiderte, die Lehren aus der Corona-Pandemie würden gezogen und in Maßnahmen umgesetzt. Terroristische Organisationen würden Rekrutierungen besonders in fragilen Staaten vornehmen, deren nationale Kapazitäten und Resilienzen durch die NATO und die EU gestärkt werden müssten. Die NATO sehe China nicht als Gegner, jedoch seien der Aufstieg und Aufwuchs militärischer Fähigkeiten Anlass zur Sorge. Das Land sei wirtschaftlich und bei der Bekämpfung des Klimawandels weiterhin ein wichtiger Akteur. Die NATO müsse gemeinsame Antworten finden und sich mit der EU besser koordinieren. **Andrea Orsini** (Italien) erkundigte sich, wie die palästinensische Führung überzeugt werden könne, aktiv am Friedensprozess teilzunehmen. **Irakli Beraia** (Georgien, assoziierter Partner) fragte nach der Sicherheit und Unterstützung

der NATO in der Schwarzmeerregion. **Yegor Cherniev** (Ukraine, assoziierter Partner) erkundigte sich nach der Zukunft der Ukraine in der NATO und des Membership Action Plans (MAP). **Mircea Geoană** erklärte, Deeskalation und der Dialog seien der einzige Weg und die Weltgemeinschaft sei gefordert, diesen Prozess zu unterstützen. Georgien sei ein sehr wichtiger NATO-Partner im Schwarzmeerraum. Die „Politik der offenen Tür“ werde fortgeführt, auch außerhalb des MAP. Voraussetzung für die Verleihung des MAP seien ein funktionierendes demokratisches System und eine stabile Wirtschaft. Er versicherte die Unterstützung aller Partner im Schwarzmeerraum zu.

4. Abstimmung über den Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung in Bezug auf die Umbenennung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit in „Ausschuss für Demokratie und Sicherheit“

Die Änderungen der Geschäftsordnung anlässlich der Umbenennung des Ausschusses für die zivile Dimension der Sicherheit in „Ausschuss für Demokratie und Sicherheit“ wurden angenommen.

5. Bericht des Schatzmeisters und Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2022

Schatzmeister **Wolfgang Hellmich** (SPD) stellte den geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2020, sowie seinen Bericht über den Haushaltsüberschuss von 2022 vor. Er erläuterte den Haushaltsentwurf für das Jahr 2022. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den 24. August 2021

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Staatsminister Peter Beuth
Für den Bundesrates